

Antrag zur Bundesdelegiertenkonferenz vom 25.-27. November 2011 in Kiel

Schrittweise Senkung der Haftpflicht-Subventionen für AKW-Betreiber

Ein Unfall in einem AKW kann ganze Landstriche unbewohnbar machen und Schäden in Milliardenhöhe verursachen - siehe Tschernobyl und Fukushima. Tepco, der Betreiber der Atomruine Fukushima, benötigt schon jetzt Staatshilfe. Allein für das laufende Geschäftsjahr benötigt der Konzern rund 8,6 Milliarden Euro. Analysten taxieren die fälligen Entschädigungszahlungen für dieses Reaktorunglück mittlerweile auf 86 Milliarden Euro. Sollte sich in Deutschland in den kommenden Jahren ein Super-GAU ereignen, so wird es im Rückblick ein Fehler gewesen sein, nicht alle Atomkraftwerke sofort abgeschaltet zu haben.

Momentan werden die Atomkraftwerke in Deutschland zu Lasten der Allgemeinheit ohne ausreichende Haftpflichtversicherung betrieben. Haftpflichtversicherung und Deckungsvorsorge der AKW-Betreiber zusammen decken pro Schadensfall gerade einmal 2,5 Milliarden Euro ab, einen winzigen Bruchteil des Schadens, der im Falle eines Super-GAUs zu erwarten wäre. Laut einer 1992 erstellten Studie der Prognos AG Basel wäre bei einem schweren Kernschmelzunfall in einem deutschen AKW mit Schäden von bis zu 10.697 Milliarden DM zu rechnen, in heutigen Preisen sind dies ca. 8.040 Milliarden Euro. Die Versicherungsforen Leipzig GmbH, eine Ausgründung der Universität Leipzig, nennt einen möglichen Maximalschadensbetrag von 6.090 Milliarden.

Eine moralisch und rechtlich eigentlich gebotene vollständige Haftpflichtversicherung für die Atomkraftwerke in Deutschland würde den Atomstrom schlagartig derart verteuern, dass er nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Um ein betriebswirtschaftlich bedingtes, sofortiges Ende der Atomkraft auszuschließen und dennoch das Zeitfenster bis zum endgültigen Ausstieg möglichst klein zu halten, macht es Sinn, die Haftpflicht-Deckungssumme schrittweise anzuheben. Durch einen solchen Anstieg der Haftpflicht-Deckungsbeiträge nähert sich der Atomstrom zunehmend dem Preis an, den er ohne die Haftpflicht-Subventionen hätte. Dieser Preisanstieg des Atomstromes begünstigt den nachhaltigen Energiewandel und lässt das Märchen vom billigen Atomstrom zunehmend verblassen bis wir ohnehin gänzlich auf ihn verzichten können.

Um die Haftpflicht-Subventionen für AKW-Betreiber schrittweise zu reduzieren, möge die Bundesdelegiertenkonferenz der Partei Bündnis 90 / Die GRÜNEN daher beschließen:

Wir fordern den Bundestag, die Bundesregierung und den Bundesrat auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Der Haftpflicht-Deckungsbeitrag der Betreiber von Atomanlagen für Havariehaftung und Unfallfolgen soll schrittweise auf die Höhe der möglichen Schäden angehoben werden.
2. Dazu muss der Haftpflicht-Deckungsbeitrag sofort erheblich gesteigert werden, wir schlagen ein ab sofort zu versicherndes Haftpflichtrisiko von 10 Milliarden Euro vor.
3. Danach wird der Deckungsbeitrag jährlich verdoppelt, er beträgt somit ab dem nächsten Jahr 20 Milliarden, im Jahr 2013 dann 40 Milliarden, im Jahr 2014 beläuft sich die Haftpflicht-Versicherungssumme auf 80 Milliarden Euro, im Jahr 2015 auf 160 Milliarden Euro, im Jahr 2016 auf 320 Milliarden Euro und im Jahr 2017 auf 640 Milliarden Euro. Damit sind im Jahr 2017 -je nach Studie- immer noch geringe 8,0% bis 10,5% der möglichen Kosten eines Super-GAU's haftpflichtversichert.
4. Sollte aufgrund der möglichen Schadenssummen und der dafür nötigen Rücklagen keine Versicherung in der Lage sein, dieses Risiko zu versichern, so ist stattdessen mit den Versicherungsprämien ein Staatsfonds zu bilden. Der Staatsfonds dient -so kein Schadensfall eintritt- nach dem Ende der Atomenergie in Deutschland der Förderung des nachhaltigen Energiewandels.
5. Auch die deutschen Forschungsreaktoren sind nach dem oben beschriebenen Modell zu versichern.

Antragsstellerinnen und Antragssteller:

Philipp Schmagold, KV Kiel
Ingmar Wichert, KV Ennepe-Ruhr
Oliver Schlickau, KV Worms
Claudia Nobel, SV Oldenburg
Ritva Harju, KV Spandau
Mathias Weidner, KV München-Land
Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld-Rotenburg
Jens-Christian Wagner, KV Weimarer Land
Martin Kasztantowicz, KV Pankow
Antje Wagner, KV München Land
Carolin Friedemann, RV Hannover
Stefan Senkel, KV Pankow
Bernd Seemann, KV Berlin
Jochen Marwede, KV Kaiserslautern
Florian Reiche, KV Hamburg Nord
Thorsten Vorberg, KV Hannover
Thomas Grützner, KV Würzburg-Stadt
Jutta Paulus, KV Neustadt/Weinstraße
Walter Meyer, RV Hannover
Hartmut Wauer, KV Wangen
Christian Schmidt, KV Stormarn
Jürgen Kasek, KV Leipzig
Bernd Martmann, SV Bergisch Gladbach
Oliver Rühl, KV Ansbach
Gerd Wittka, KV Gelsenkirchen
Edwin Klösel, KV Günzburg